

Presseerklärung: Flughafen Essen/Mülheim

Im Rahmen eines sachlich-konstruktiven Gesprächs des Netzwerks gegen Fluglärm und der Schutzgemeinschaft Fluglärm Essen sind am gestrigen Abend mit der Mülheimer CDU im wesentlichen die tatsächlichen und rechtlichen Bedenken zum Ausbau des Flughafens Essen/Mülheim zum Wartungsflughafen vorgetragen worden.

Wir haben die Presseklärung der CDU vom 10. Juli zur Kenntnis genommen und werden das weitere Verfahren kritisch begleiten und beobachten, wie die Entscheidungsfindung sich ausgestaltet.

Tatsächlich sind jedoch die wesentlichen rechtlichen und lärmtechnischen Fragen in der Vergangenheit- zum Teil mehrfach- bereits geprüft worden.

Ergebnis sei in allen Fällen gewesen, dass die Einführung des Düsenflugverkehrs zur unzumutbaren Beeinträchtigung der Bevölkerung und zu keinem betriebswirtschaftlichen Vorteil für die FEM und die Gesellschafter führt.

Wir haben daher wenig Verständnis dafür, dass die Verantwortung auf eine so genannte Machbarkeitsstudie abgeschoben werden soll, wo einzig und allein eine klare politische Entscheidung zu fordern ist.

Es gibt in der Flughafenfrage nichts, was nicht bereits geprüft worden ist.

Von der CDU ist eine politische Entscheidung zu fordern, die letztendlich Klarheit für die Bevölkerung bringt.

Netzwerksprecher

Waldemar Nowak